

## Quo vadis Kommunal финанzen ?

Thomas Huber MBA, Bezirksrat und  
Finanzpolitischer Sprecher der CSU-Kreistagsfraktion

Finanzkrise, Wirtschaftskrise, Rettungsschirme, Nothilfen für Griechenland, Inflationsgefahr, Rekorddefizit bei Städten und Gemeinden. Worte, die derzeit die öffentliche Diskussion beherrschen. Tatsache ist, dass die Finanzlage unserer Kommunen weitaus dramatischer ist als bislang angenommen. Der Finanznotstand der Kommunen lässt sich auf zwei Gründe zurückführen: wegbrechende Steuereinnahmen und stetig steigende Sozialausgaben. Damit leiden die Kommunen an einer strukturellen Unterfinanzierung.

Die Rezession hinterlässt tiefe Spuren in den öffentlichen Haushalten. Doch „Risse“ waren schon vor der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise erkennbar und werden auch nach dem Durchschreiten der Talsohle nicht kleiner. Auch wenn die Wirtschaft wieder anzieht, schlägt der Erfolg nicht (sogleich) auf die Steuereinnahmen durch. Seit Jahren bekannte strukturelle Probleme sind nicht gelöst. Unser Staat hat über Jahrzehnte über seine Verhältnisse gelebt, seit der Euro-Einführung Deutschlands sind die Staatsschulden von 1,2 auf 1,7 Billionen Euro gestiegen und der Bundeshaushalt hat ein Defizit von über 80 Mrd. Euro bei Gesamtausgaben von 320 Mrd. Euro. Wir haben ein Ausgabenproblem und leben auf Kosten der nächsten Generation!

Der Anstieg der Ausgaben im Sozialbereich ist zurückzuführen auf steigende Fallzahlen, die demografische Entwicklung, mehr Hilfebedarf bei Menschen mit Behinderungen sowie steigende Eingliederungshilfe. Die Sozialhilfeausgaben der Bezirke sind in weitem Umfang durch gesetzliche Leistungsansprüche geregelt und somit nicht disponibel. Sie sind unabhängig von wirtschaftlichen Schwankungen, Steueraufkommen und globalen Finanzveränderungen regelmäßig zu erbringen. Ich möchte dies anhand der Ausgabenentwicklung im Bereich der „**Hilfe zur Pflege**“ erklären:

Der Bezirk Oberbayern übernimmt einen Teil der Pflegekosten für Menschen, die vollstationär in Pflegeheimen untergebracht sind. Die „Hilfe zur Pflege“ bekommt ein Pflegebedürftiger, wenn sein eigenes Einkommen und Vermögen zusammen mit Zahlungen aus anderen Quellen – etwa aus der Pflegeversicherung – nicht ausreichen, um die Pflegekosten zu decken. Die Menschen werden immer älter. Die gesetzlichen Renten steigen nur wenig. Und auch in der Pflegekasse herrscht Ebbe. Deshalb kommen auf Bayerns Bezirke in den nächsten Jahren deutliche Mehrausgaben bei den finanziellen Hilfen für pflegebedürftige Menschen zu. Das zeigt eine neue Prognose aus dem Bezirk Oberbayern. Allein in Oberbayern wird demnach der Zuschussbedarf für die „Hilfe zur Pflege“ bis ins Jahr 2028 auf fast 350 Millionen Euro steigen. Das ist ein Plus von gut 160 % gegenüber dem Jahr 2008. Da waren es noch rund 133 Millionen Euro. Allerdings ist das nur der günstigste Fall, den die Prognose aufzeigt. Im ungünstigsten Fall könnten sich die Ausgaben sogar mehr als vervierfachen – auf 580 Millionen Euro. Angesichts des prognostizierten drastischen Ausgabenwachstums wird die Kostenentwicklung im Pflegebereich die Bezirke erschüttern. Bereits vor einigen Jahren habe ich auf diese Entwicklung hingewiesen. Niemand hat damals gedacht, dass es so drastisch sein wird.

Die Bezirke zahlen im Rahmen der Hilfe zur Pflege Zuschüsse zu den Pflegekosten. Schon in den vergangenen Jahren sind diese Ausgaben im Bezirk Oberbayern deutlich gestiegen – seit 2005 um gut 20 Prozent. Dieser Trend könnte sich künftig noch verstärken. Das hat laut der nun vorgelegten Studie vor allem drei Gründe:

1. Wegen der Alterung der Gesellschaft wächst die Zahl der Leistungsberechtigten – also der Menschen, die Anspruch auf Hilfe zur Pflege haben. Sie dürfte bis 2028 von derzeit rund 10.000 auf 15.000 steigen.
2. Für jeden Leistungsberechtigten gibt der Bezirk künftig mehr Geld aus. Grund: Die Löhne im Pflegesektor steigen genauso stark wie in anderen Wirtschaftsbereichen.

Weil Pflege aber sehr arbeitsintensiv ist, steigt gleichzeitig die Produktivität in diesem Bereich nur wenig.

3. Die Zahlungen aus der Pflege- und Rentenkasse an die Pflegebedürftigen nehmen in den kommenden Jahren – wenn überhaupt – nur schwach zu.

Unterm Strich steigt damit der Zuschussbedarf deutlich. Wenn nichts passiert, bringt das die Bezirke an ihre finanziellen Grenzen. Darunter leiden würden letztlich auch Landkreise und Gemeinden. Sie finanzieren die Bezirke über Umlagen. Ich bekräftige meine Forderung, dass sich Bund und Freistaat künftig stärker als bisher an der Finanzierung der Bezirke beteiligen müssen, denn wir können nicht länger sämtliche Kosten auf kommunalen Schultern tragen. Da bin ich mir auch mit den oberbayerischen Landräten einig. Wir werden deshalb erneut gemeinsam bei Bund und Freistaat vorstellig werden. In diesem Zusammenhang spreche ich mich auch für einen Ausbau der ambulanten Versorgung pflegebedürftiger Menschen aus. Wir müssen Anreize schaffen, dass die Menschen solange wie möglich zu Hause gepflegt werden. Das ermöglicht ihnen, möglichst lange in ihrem gewohnten Umfeld zu bleiben. Außerdem ist die ambulante Pflege kostengünstiger als die stationäre Pflege im Heim.

Dieses Beispiel aus Oberbayern macht deutlich, dass die finanzielle Notlage der Kommunen im Haushaltsjahr 2011 auch den sieben bayerischen Bezirken zu schaffen macht. Nach ersten Berechnungen erwarten wir ein Minus auf der Einnahmenseite von 190 Mio. Euro. Andererseits kommen auf die Bezirke höhere Sozialausgaben aufgrund der steigenden Fallzahlen in der Eingliederungshilfe und der Hilfe zur Pflege in Höhe von rund 130 Mio. Euro zu. Damit haben wir im kommenden Jahr landesweit auf der dritten kommunalen Ebene ein Haushaltsloch von 320 Mio. Euro. Um dies auszugleichen, müssten die Bezirke die Landkreise und Städte stärker zur Kasse bitten. Ein wahrlich schwieriges Unterfangen, denn die Kommunen erwarten für 2011 einen weiteren Einbruch bei den Steuereinnahmen.

Die nächsten Jahre werden für unsere Kommunen, aber auch für Land, Bund und Europa Jahre der Herausforderungen, welche nur mit klarem Kurs, vertrauensvoller Zusammenarbeit und Dialogbereitschaft zu überwinden sind. Die Politik steht vor einem historischen Gestaltungsauftrag. Die Verbesserung der Finanzausstattung unserer Kommunen muss trotz der schwierigen Haushaltslage des Bundes höchste Priorität haben, da die Grundlage der Demokratie in Gefahr ist, wenn die kommunale Selbstverwaltung nicht mehr funktioniert.

Thomas Huber MBA  
Stv. CSU-Kreisvorsitzender